

NEUE JUSTIZ

ZEITSCHRIFT FÜR RECHT
UND RECHTSWISSENSCHAFT

28. JAHRGANG
1. AUGUSTHEFT

15/74

S.445-476

RAOUL GEFROI und ROLAND HETZER, Berlin

Erläuterung des sozialistischen Rechts und Festigung des Rechtsbewußtseins der Werktätigen

Der Beschluß des Politbüros des Zentralkomitees der SED „Die nächsten Aufgaben zur Erläuterung des sozialistischen Rechts sowie zur Festigung und weiteren Entwicklung des Rechtsbewußtseins der Werktätigen“ dient — wie im Bericht des Politbüros an die 12. Tagung des Zentralkomitees hervorgehoben wurde^{1/} — der ständigen Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie. Es handelt sich hier um ein Dokument, mit dem die strategische Linie des VIII. Parteitages der SED auf dem Gebiet der Rechtspolitik konkretisiert wird.

Die Partei der Arbeiterklasse hat stets darauf hingewiesen, daß den Fragen der Rechtspropaganda und Rechtserziehung große Bedeutung zukommt. So sagte Genosse Erich Honecker auf der 2. Tagung des Zentralkomitees der SED:

„Das Recht wirkt nicht allein dadurch, daß es auf dem Papier steht. Es muß bekannt sein und bewußt angewandt und verwirklicht werden. Nur dann kommt es dem gesellschaftlichen Verantwortungsbewußtsein der Bürger und ihrer Kollektive zugute und fördert ihre bewußte Mitwirkung an der Lösung gesellschaftlicher Aufgaben.“^{2/}

*

Ausgehend von der grundsätzlichen Orientierung, die der VIII. Parteitag zur Festigung der sozialistischen Staats- und Rechtsordnung gab, legt der Beschluß des Politbüros die nächsten Aufgaben auf diesem Gebiet fest, die den sich immer günstiger gestaltenden Bedingungen für eine breite Verwirklichung des sozialistischen Rechts sowie den Erfordernissen der politisch-ideologischen Erziehungsarbeit entsprechen.

Der Beschluß vermittelt wertvolle Erfahrungen darüber, wie sich überall im täglichen Leben die Einhaltung des sozialistischen Rechts durchsetzt und die bewußte Disziplin zur festen Gewohnheit der Menschen entwickelt. Besondere Aufmerksamkeit und Anerkennung verdienen vor allem die hervorragenden Initiativen, die die Angehörigen der Arbeiterklasse im Kampf um eine vorbildliche Ordnung, Sicherheit, Disziplin und Sauberkeit als Bestandteil des sozialistischen Wettbewerbs in vielen Betrieben hervorbringen. Zugleich erfüllen Staats- und Wirtschaftsfunktionäre immer besser die an sie gestellten Forderungen zur Durchsetzung

der Gesetzlichkeit und machen die Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit immer mehr zum Bestandteil ihrer Leitungstätigkeit. Die führende Rolle der Arbeiterklasse bei der Festigung von Gesetzlichkeit, Ordnung und Sicherheit hat sich damit weiter ausgeprägt.^{3/}

Bemerkenswert ist auch die Tatsache, daß die Werktätigen für das sozialistische Recht und seine Verwirklichung im täglichen Leben ein wachsendes Interesse bekunden. Dieses Interesse geht einher mit dem sich weiter entwickelnden Bedürfnis nach höherer Bildung und Kultur, nach Ordnung und Sicherheit am Arbeitsplatz und nach Sauberkeit in den menschlichen Beziehungen. Es schließt die Forderung nach korrekter und aufmerksamer Form des Umgangs der Mitarbeiter der staatlichen Organe mit jedem einzelnen Bürger ein. Die Werktätigen unterbreiten Vorschläge für einen wirksamen Schutz des sozialistischen Eigentums und bringen ihre Bereitschaft zum Ausdruck, die konsequente Durchsetzung unseres Rechts durch alle staatlichen Organe aktiv zu unterstützen. Die Rechtssicherheit in der DDR wird als eine bedeutsame Errungenschaft des real existierenden Sozialismus gewertet.

Diese Entwicklung beweist die Richtigkeit der vom VIII. Parteitag getroffenen Feststellung, daß unser Recht die Macht der Arbeiterklasse zum Ausdruck bringt. In zunehmendem Maße wird deutlich, daß die Bürger der DDR sich mit dem sozialistischen Recht als ihrem Recht identifizieren.

Das wachsende Interesse der Werktätigen für unser sozialistisches Recht verlangt — wie im Bericht des Politbüros an die 12. Tagung des Zentralkomitees betont wird —, „die Rechtskenntnisse der Werktätigen zu vertiefen, das verantwortungsbewußte Handeln aller Werktätigen für den Schutz der sozialistischen Errungenschaften mit Hilfe des sozialistischen Rechts zu fördern“.^{4/} Der Beschluß des Politbüros enthält deshalb eine Reihe wichtiger Festlegungen zur Unterstützung der Initiativen der Werktätigen sowie zur breiten Popularisierung des Rechts. Er wendet sich an alle, die für politisch-ideologische Arbeit, für die Herausbildung und Festigung des sozialistischen Staats- und Rechtsbewußtseins Verantwortung tragen und fixiert deren nächste konkrete Aufgaben in den einzelnen Teilbereichen des gesellschaftlichen Lebens.

*

^{1/} Vgl. Bericht und Schlußwort auf der 12. Tagung des Zentralkomitees der SED, Berlin 1974, S. 37.

^{2/} E. Honecker, Die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zur Volkskammer und zu den Bezirkstagen, Berlin 1971, S. 43.

^{3/} Vgl. dazu K. Sorgenicht, „Die Bewegung für vorbildliche Ordnung und Sicherheit konsequent weiterführen!“, NJ 1974 S. 318 f.

^{4/} Bericht und Schlußwort a. a. O., S. 38.